

18. Wahlperiode

## Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Franz Kerker (AfD)**

vom 04. November 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. November 2019)

zum Thema:

**Schule und Moschee: Brücken bauen oder Grenzen setzen?**

und **Antwort** vom 22. November 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 26. Nov. 2019)

Senatsverwaltung für Bildung,  
Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Franz Kerker (AfD)

über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

**A n t w o r t**

**auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/21504**

**vom 4. November 2019**

**über Schule und Moschee: Brücken bauen oder Grenzen setzen?**

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

- 1.) Weshalb will die Koalition laut des Entwurfes zum Antidiskriminierungsgesetz die "Ambiguitätstoleranz" der Verwaltungsmitarbeiter stärken, laut Titel des Projektes in diesem Falle aber "Grenzen setzen"?
- 2.) Der Senat möchte die "Schule in der Köllnischen Heide" zu einer "interkulturellen Schule" entwickeln. Laut Pressemitteilung des Senates sind 95,4 Prozent der insgesamt 649 Schülerinnen und Schüler in der "Grundschule an der Köllnischen Heide" nicht-deutscher Herkunftssprache, rund drei Viertel haben türkische oder arabische Wurzeln. Was bedeutet vor diesem Hintergrund "interkulturell"?

Zu 1. und 2.:

Mit dem Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) soll erreicht werden, dass Menschen wegen ihres Geschlechts oder anderer Merkmale durch die öffentliche Verwaltung, wie z.B. die Schule, nicht diskriminiert werden. Ambiguitätstoleranz ist eine Voraussetzung für die interkulturelle Kompetenz eines Menschen, die insbesondere durch soziales Lernen entwickelt wird.

Das Modellprojekt an der Grundschule in der Köllnischen Heide zielt auf das soziale Lernen aller Mitarbeitenden am Standort Schule - von der Schulleitung bis zu den technischen Mitarbeitenden sowie den Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern. Hier realisiert sich Soziales Lernen durch verbesserte Kommunikation, Beteiligung und intensive Aushandlungsprozesse, durch die Stärkung der Elternarbeit, kontinuierliche Fortbildung und durch die Einbeziehung der Ressourcen des Sozialraums. Soziale Kompetenz beinhaltet die Fähigkeit, „Brücken zu bauen“ und „Grenzen zu setzen“ gleichermaßen. Mit „interkultureller Kompetenz“ wächst die Fähigkeit, mit Individuen und Gruppen unterschiedlicher Kulturen erfolgreich und angemessen zu interagieren.

- 3.) Laut Pressemitteilung ergibt sich aus dem Einfluss der in der Nähe liegenden "Al-Nur Moschee" eine Verschärfung der Problemlage in der Grundschule an der Köllnischen Heide. Wie will der Senat diese Problemlage entschärfen, wenn zumindest Teile der Elternschaft und auch der Schüler der Gemeinde der "Al-Nur Moschee" angehören?
- 4.) In seinem Projekt "Brücken im Kiez" (ca. 2009 - 2014) bemühte sich der Ethnologe Werner Schiffauer darum, die Elternschaft muslimischer Gemeinden - auch die der "Al-Nur-Moschee" - für ein schulisches Engagement zu gewinnen; dieser Versuch scheiterte. [Schiffauer, Werner: Schule, Moschee, Elternhaus. Eine ethnologische Intervention. Berlin 2015.] Welches Potenzial für "aktivierende Elternarbeit" sieht der Senat? 6.a) Welche Räume nutzen die Schulstationen?

Zu 3. und zu 4.:

Der Senat hat das Ziel, mit dem Modellprojekt an der Grundschule in der Köllnischen Heide die Bedeutung und den Wert der Institution Schule für die sie besuchenden Schülerinnen und Schüler und deren Eltern zu steigern.

Die Stärkung der aktivierenden und aufsuchenden Elternarbeit soll im Modellprojekt an der Grundschule in der Köllnischen Heide durch eine deutliche Erweiterung der Jugendsozialarbeit in der Schule erreicht werden. Aktivierende Elternarbeit hat großes Potenzial, die Eltern zu erreichen, die bisher im schulischen Alltag noch nicht präsent sind, wenn sie in einem multiprofessionellen Team von Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern der Schulsozialarbeit gemeinsam umgesetzt wird.

Aktivierende Elternarbeit beinhaltet eine intensive Kommunikation mit den Eltern, um das Interesse zu wecken, Einfluss auf das Verhalten, die Leistung, das Wohlergehen ihrer Kinder in der Schule zu nehmen. Durch vielfältige Ansätze, wie verstärkte Hausbesuche, direkte Ansprache und Beratung, Elternkreise, ein Elterncafé und andere niederschwellige Methoden soll erreicht werden, dass die Schule für Eltern transparenter wird, das Interesse der Eltern am Schulalltag ihrer Kinder und die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der Schule wachsen, und so ein Grundkonsens in Erziehungsfragen und, im Falle von Erziehungsproblemen, die Bereitschaft, Hilfe anzunehmen, entstehen.

Darüber hinaus soll durch verstärkte Nutzung der Kooperation mit weiteren Angeboten und Institutionen im sozialen Nahraum die familiäre Öffnung befördert werden.

- 5.) Die "Gemeinschaftsschule auf dem Campus Rütli" weist in der oben angeführten Statistik die folgenden Delikte auf:

Rütlistr.41 Beleidigung 0 0 3 0

Rütlistr.41 Körperverletzung 7 3 0 8

Rütlistr.41 Nötigung, Freiheitsberaubung, Bedrohung 1 2 0 0

Rütlistr.41 Raub 0 0 0 0

Rütlistr.41 Sachbeschädigung 0 0 0 0

Rütlistr.41 Sexualdelikte 0 0 1 0

Rütlistr.41 Sonstiger einfacher Diebstahl 1 2 4 2

Rütlistr.41 Straftaten i .Z. m. Btm/NpSG 0 0 0 0

Rütlistr.41 Taschendiebstahl 0 1 0 0

Rütlistr.41 Sonstige Straftaten 2 6 6 9

Rütlistr.41 Gesamtergebnis 11 14 14 19

Weshalb haben die seit 2006 an der Rütli Schule durchgeführten Reformen bezüglich der Kriminalitätsrate keine Abhilfe schaffen können?

Zu 5.:

Die im Polizeilichen Landessystem zur Kommunikation, Information und Sachbearbeitung (POLIKS) aufgeführten Straftaten geben nicht zwingend einen Bezug zu den aufgelisteten schulischen Einrichtungen wieder, sondern können sich auch im Nahbereich der Schule ereignet haben.

Berlin, den 22. November 2019

In Vertretung

Sigrid Klebba  
Senatsverwaltung für Bildung,  
Jugend und Familie